

Alle Reden und
Beschlüsse des 21. Parteitags
finden Sie unter
www.hannover2007.cdu.de

Nummer 4
11. Dezember 2007
60. Jahrgang
www.cdu.de



Die CDU-Vorsitzende, Angela Merkel, und die Vorsitzenden der wahlkampf führenden Landesverbände, Roland Koch (Hessen), Ole von Beust (Hamburg) und Christian Wulff (Niedersachsen).

„Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland.“

Die CDU Deutschlands hat ein neues Grundsatzprogramm!

Die 1001 Delegierten des 21. Parteitages haben das dritte Grundsatzprogramm in der Parteigeschichte der CDU Deutschlands mit überwältigender Mehrheit, bei nur einer Gegenstimme, verabschiedet. Das neue Grundsatzprogramm mit dem Titel „Freiheit und Sicherheit.

Grundsätze für Deutschland.“ löst das Grundsatzprogramm ab, das 1994 auf dem Parteitag in Hamburg beschlossen worden war.

Neben dem neuen Grundsatzprogramm diskutierte und verabschiedete der 21. Parteitag außerdem den

Antrag „Chancen für Alle – Bildung. Arbeit. Wohlstand“, den Antrag „In Chancen denken – Strategische Standortpolitik im 21. Jahrhundert“ sowie Anträge u.a. zur Änderung des Status, der Finanz- und Beitragsordnung und Geschäftsordnung der CDU Deutschlands.

Angela Merkel „Die Mitte sind wir“

Zum Auftakt des 21. Parteitages hat die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, die Union als Motor der Regierungsarbeit herausgestellt. „Es ist nicht egal, wer regiert. Weder in den Ländern noch im Bund“, sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Grundsatzrede. „Ohne die Union wäre unser Land heute nicht da, wo es ist“, hob Angela Merkel hervor. Die Vorsitzende kündigte eine konsequente Fortsetzung des Reformkurses an. „Wir können es uns nicht erlauben, uns auf unseren Lorbeeren auszuruhen“, rief die Bundeskanzlerin unter starkem Beifall der Delegierten. „Ich möchte, dass die Menschen in zwei Jahren sagen können: 2009 geht es uns noch besser als 2007“, sagte die Kanzlerin. Ihre Bilanz der ersten beiden Jahre der Großen Koalition fiel positiv aus. „Zwei Jahre nach dem Regierungswechsel spüren wir: Es geht uns wieder besser in Deutschland“. Das Land be-



Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel.



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla und CDU-Bundesgeschäftsführer Klaus Schüler.

finde sich im Aufschwung. Davon profitierten viele Menschen. „Das Gebot der Stunde kann deshalb nur heißen: Kurs halten und die Grundlagen des Aufschwungs stärken“, warnte die Vorsitzende vor einer Abkehr vom Reformkurs. „Wer notwendige Erneuerungen zurückdreht, der gewinnt gar nichts, aber er verliert alles“, betonte Merkel. Die Union werde das nicht mitmachen. Die Vorsitzende erhob für die Union

den Anspruch, die einzige Volkspartei der Mitte zu sein: „Hier ist die Mitte. Hier in der Mitte sind wir – und nur wir.“ In diesem Zusammenhang erinnerte die Bundeskanzlerin daran, dass die SPD erst vor wenigen Wochen auf ihrem Hamburger Parteitag die Mitte aufgegeben habe. 18 Jahre nach der Selbstbefreiung der Ost-



DAS NEUE GRUNDSATZPROGRAMM – DER WEG NACH HANNOVER

7. JANUAR 2006, Mainzer Erklärung des Bundesvorstandes, Mainz ▶ 20. FEBRUAR 2006, Wertekonferenz, Berlin ▶ 24. APRIL 2006, Bundesvorstand beschließt die Einsetzung der Grundsatzprogramm-Kommission ▶ 25. APRIL 2006, Konstituierende Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission ▶ 25. APRIL 2006, Abstimmung über die Leitfragen in der Grundsatzprogramm-Kommission ▶ 25. APRIL

deutschen habe die SPD „tatsächlich den Beschluss gefasst, den Sozialismus auch in ihr neues Programm wieder mit aufzunehmen“. Dabei ende der Sozialismus immer „totalitär, ob man will oder nicht“. Angela Merkel kündigte an, dass

ser Handlungsauftrag“, unterstrich Merkel. „Denn sozial ist, was Arbeit schafft“.



In diesem Zusammenhang sprach sie sich für eine weitere Senkung der Lohnzusatzkosten aus. Denn jede Senkung

die Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode Vorschläge vorlegen werde, wie die Arbeitnehmer am Erfolg ihres Betriebes beteiligt werden könnten. Dazu soll nach den Worten der CDU-Vorsitzenden ein neuer Anlauf zur Förderung der Mitarbeiterbeteiligung unternommen werden. Mit Blick auf die 3,3 Millionen Arbeitslosen sagte die CDU-Vorsitzende, „Vorfahrt für Arbeit“ sei für die Union nicht irgendein Slogan. „Es ist un-

schaffe Arbeitsplätze. Eine Abkehr von diesem Kurs werde es mit der CDU nicht geben. Der richtige Weg zur Findung gerechter Löhne sei die Tarifautonomie. Ausdrücklich hielt Merkel an der Rente mit 67 fest. Zugleich stellte sie jedoch klar: „Rente mit 67 heißt Rente mit 67, nicht Rente mit 70 oder anderen Zahlen“. Ausdrücklich bekannte sich die CDU-Vorsitzende zum Schutz des menschlichen Lebens. Klonen sei für die

CDU in jeder Form ein Tabu. Deshalb gebe es strenge Bedingungen für die Forschung mit embryonalen Stammzellen. „Und deshalb werden wir das Embryonenschutzgesetz nicht antasten“. In diesem Zusammenhang sprach sich Merkel für eine



gesetzliche Regelung gegen Spätabtreibungen aus. Eine aktive Sterbehilfe lehnte die CDU-Vorsitzende klar ab.

Ronald Pofalla „Wo CDU draufsteht, ist CDU drin“

In seiner Rede machte der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, deutlich, dass das neue

2006, Regionalkonferenz, Potsdam ▶ 26. APRIL 2006, Die Verbände benennen ihre Grundsatzprogramm-Beauftragten ▶ 2. MAI 2006, Regionalkonferenz, Bad Fallingbommel ▶ 10. MAI 2006, Regionalkonferenz, Karlsruhe ▶ 19. MAI 2006, Regionalkonferenz, Düsseldorf ▶ 29. MAI 2006, Regionalkonferenz, Kassel ▶ 19. JUNI 2006, 2. Plenarsitzung der Grundsatzprogramm-Kommission: „Familie“, „Freie Entfaltung der Person“ ▶ 24. – 25. JUNI 2006, 1. Klausurtagung der Grundsatzprogramm-Kommission: „Identität der CDU“, „Zusammenhalt in unserer Gesellschaft“ ▶ 11. JULI 2006, 3. Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission: „Europa“, „Demographie“ ▶ 21. AUGUST 2006, Konferenz der Grundsatz-

Grundsatzprogramm ganz im Zeichen des Wertedreiklangs aus Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit stehen. „Wo CDU draufsteht, ist CDU drin. Wir sind authentisch, pur, einzigartig – wir sind die Mitte!“ rief Ronald Pofalla den Delegierten zu. Während die SPD mit ihrem „Linksruck“ auf dem Hamburger Parteitag sowie ihrem Bekenntnis zum „demokratischen Sozialismus“ ihr Gastspiel in der so genannten „Neuen Mitte“ beendete, habe die CDU die Kraft, „Werte und Tugenden zu bewahren“ betonte Ronald Pofalla. „Andere machen Politik von den Rändern für die Ränder – wir



Der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla.

Darüber hinaus bekennet sich die CDU eindeutig zu den Wurzeln ihrer Politik. „Unser neues Programm beruht auf der christlich-jüdischen Tradition des Abendlandes ebenso wie auf dem

rechtigkeit. Hier liegen unsere unverrückbaren Grundwerte begründet“, bekräftigte Ronald Pofalla. Aktuelle Herausforderungen erforderten jedoch ein neues Denken, um die Begriffe „Freiheit und Gerechtigkeit“ neu zu justieren. „Neues Denken heißt: Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht

denkbar; Sicherheit ohne Freiheit aber auch nicht.“ Diese Überzeugungen seien jedoch nur dann glaubwürdig, wenn man sie sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik vertrete.

Die stellv. Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission: Thürigens Ministerpräsident Dieter Althaus, Bundesministerin Annette Schavan, Saarländs Ministerpräsident Peter



machen Politik aus der Mitte für die Mitte“, erklärte der CDU-Generalsekretär.

Erbe der Aufklärung. Hier liegen die Wurzeln von Freiheit, Solidarität und Ge-

„Wir müssen uns in Deutschland wieder stärker zu dem bekennen, was uns wichtig

programm-Beauftragten ▶ 22. AUGUST 2006, Grundsatzprogramm-Kongress, Berlin ▶ 23. AUGUST 2006, 4. Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission: „Identität der CDU“, „Bildung, Wissenschaft, Forschung“ ▶ 22./23. SEPTEMBER 2006, 2. Klausurtagung der Grundsatzprogramm-Kommission: „Integration“ und „Staatsfinanzen“. „Freie Entfaltung der Person“ ▶ 25. SEPTEMBER 2006, 5. Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission: „Staat/Innere Sicherheit“, „Neue Länder“, „Bildung/Forschung“ ▶ 23. OKTOBER 2006, 6. Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission: „Wirtschaft und Arbeit“, „Verantwortung der Unternehmer“. ▶ 11. DEZEMBER 2006, 7. Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission

ist. Zum Patriotismus. Zur Nation. Zu den Werten unseres Grundgesetzes“, betonte Pofalla. Daher habe sich die Grundsatzprogramm-Kom-

eintrete. „Unser Land steht für Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft. Deutschland ist ein Land der Mitte. Und die CDU steht dafür, dass das auch so bleibt“, so Ronald Pofalla. Mit der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms endet ein knapp zweijähriger Prozess,



Überwältigende Mehrheit für das neue Grundsatzprogramm.

mission entschieden, den Begriff der „Leitkultur in Deutschland“ ins neue CDU-Grundsatzprogramm aufzunehmen. Dieses Bekenntnis gelte auch für die Außenpolitik der Bundesregierung, in

in dem die gesamte Partei untereinander und mit allen gesellschaftlichen Gruppen die Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft diskutiert hat: rund 20 000 Parteimitglieder besuchten die Regionalkonferenzen, über 3 000 Besucher folgten der Einladung auf die drei Kongresse, 60 000 Bürgerinnen und Bürger nutzen das Angebot, sich auch im Internet



Das Ergebnis von zwei Jahren Diskussion in der Partei: Das neue Grundsatzprogramm.

der Bundeskanzlerin Angela Merkel in aller Welt für Freiheits- und Menschenrechte

in den virtuellen Arbeitskreisen an der Diskussion zu beteiligen.

Christian Wulff „Kurs halten!“

In seinem Grußwort hieß der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff die Teilnehmer des Bundesparteitages im „Zukunfts-



Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff.

land Niedersachsen“ und in der Messestadt Hannover herzlich willkommen. Mit Blick auf die in wenigen Wochen anstehenden Landtagswahlen in Hessen, Hamburg und in Niedersachsen sagte Wulff, dass er durch die erfolgreiche Arbeit der Großen Koalition „Rückenwind“ empfinde. Zu den Erfolgen der unionsgeführten Bundesregierung zählte Wulff neben der Senkung der Staatsquote und der Lohnzusatzkosten vor allem die Tatsache, dass die Ar-

sion: „Internationale Soziale Marktwirtschaft“, „Außen- und Sicherheitspolitik“, „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“, „Europa“ ► 5. FEBRUAR 2007, 8. Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission: „Wirtschaft und Arbeit“, „Staat/Innere Sicherheit“, „Verantwortung der Unternehmer“, „Integration“, „Außen- und Sicherheitspolitik“ ► 22. FEBRUAR 2007, 9. Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission: „Soziale Sicherungssysteme“, „Kultur und Medien“, „Staatsfinanzen“ ► 26. FEBRUAR 2007, 10. Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission: „Bewahrung der Schöpfung“, „Bioethik“, „Herausforderungen unserer Zeit“, „Soziale Sicherung“ und „Soziale Marktwirtschaft“. ► 14. MÄRZ 2007, Gespräch des

beitslosigkeit in den vergangenen zwei Jahren um 1,1 Millionen zurückgegangen ist. Dies sei ein deutliches Zeichen dafür, dass der Kurs gehalten werden müsse, so Wulff. Die CDU stehe für eine verlässliche Politik und Chancen für alle. Christian Wulff zog auch eine positive Bilanz der Landespolitik. So sei die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen deutlich gesunken und im kom-



Bundesinnenminister
Wolfgang Schäuble.

Schäuble

menden Jahr könne das Land zum ersten Mal seit 1946 Schulden zurückzahlen. Jeder dritte Euro in Niedersachsen werde inzwischen für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben. Darüber hinaus habe das Land Niedersachsen eine große Verwaltungsreform durchge-



Bundesverteidigungsminister
Franz-Josef Jung.

Jung

forderte Wulff die Sozialdemokraten auf, nicht nur an das Verteilen, sondern auch an das Erwirtschaften zu denken. Auf Dauer sei der



Bundesfamilienministerin
Ursula von der Leyen.

von der Leyen



Christian Wulff im vertrauten Gespräch mit dem ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht.

führt und 2 500 neue Lehrer eingestellt. „Wir haben viel erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun“, sagte Christian Wulff. Jetzt gehe es vor allem darum, bei der Landtagswahl Ende Januar die gute Stimmung in Stimmen umzuwandeln.

Vor dem Hintergrund der Beschlüsse des zurückliegenden SPD-Bundesparteitags

„Spagat“ der SPD zwischen Opposition und Regierung nicht durchzuhalten. Scharf griff Wulff auch die Linkspartei und ihre, die SED-Diktatur verharmlosende, Politik an. „Die Kommunisten gehören in die Geschichtsbücher, nicht in die Parlamente“, betonte Wulff. Er sei überzeugt, dass eine Partei wie die SPD, die jüngst den „Sozialismus“ in ihrem neuen Grundsatzprogramm verankert habe, bereits ein Linksbündnis im Kopf habe.

Volker Kauder „Mehr Arbeit, mehr Netto, mehr Sicherheit“

„Mehr Arbeit, mehr Netto, mehr Sicherheit“ – so hat der

Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem Bundesvorstand der Senioren Union der CDU ▶ 14. MÄRZ 2007 – 2. JULI 2007, Gespräche des Vorsitzenden der Grundsatzprogrammkommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit den Landesvorsitzenden von Vereinigungen und Verbänden ▶ 23./24. MÄRZ 2007, 3. Klausurtagung der Grundsatzprogramm-Kommission: „Bewahrung der Schöpfung“, „Neue Länder“, „Freiheit und Sicherheit“, „Integration“ ▶ 17. APRIL 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der

Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag das Programm der Großen Koalition für die kommenden zwei Jahre der unionsgeführten Bundesregierung umschrieben. Der Fraktionsvorsitzende kündigte an, dass die CDU/CSU die „Leistungsträger“ dieses Landes stärker in den Blick nehmen werde. „Wir wollen für diejenigen da sein, die sich nicht selbst helfen kön-

nit – könne man nach zwei Jahren feststellen: „Dort wo die Union regiert, geht es einfach besser.“ Wir haben mehr Arbeit, die Sanierung des Bundeshaushalts schreitet weiter voran. „Es gibt neue Perspektiven für unser Land“, unterstrich Kauder.



Pflüger

nen, aber auch für die, die jeden morgen aufstehen und zur Arbeit gehen und sich um ihre Familien kümmern“, machte Kauder unter starkem Applaus der 1001 Delegierten in Hannover deutlich. Nach der schlechten Schlussbilanz von Rot-Grün – 5 Millionen Arbeitslose und 60 Milliarden Euro strukturelles Defi-

Der Fraktionsvorsitzende der Koalitionspartner zur Sacharbeit auf, denn „wir sind noch nicht über den Berg“. Es komme darauf an, den Aufschwung weiter zu stärken. „Regierung aus Berlin und Opposition aus Mainz, das kann nicht funktionieren“, rief Kauder der SPD zu. „Entweder man ist ganz bei der Sache oder gar nicht. Ich fordere die SPD auf, ganz bei

der Sache zu sein.“ Eindringlich warnte Kauder die SPD vor zu großer Nähe zur Linkspartei. Wer der Linkspartei nachlaufe, der verliere seinen Charakter als Volkspartei. Die Linkspartei sei nicht nur eine „Partei der Demagogen“, die den Menschen etwas verspreche, was nicht einzuhalten sei. Die Linke sei auch die „Partei der Mauerschützen und der ehemaligen SED-Bonzen“.

Kauder würdigte die Erfolge der Regierung beim Bürokratieabbau. Entgegen landläufiger Meinung gebe es deutliche Unterschiede zwischen den beiden großen Volksparteien. „Bei den Sozis ist der Staat Selbstzweck, wir wollen den Menschen Möglichkeiten schaffen“, beschrieb Kauder die Unterschiede. In den kommenden zwei Jahren wolle die Fraktion erfolgreich weiter arbeiten, damit nach der kommenden Bundestagswahl die „zweite

CDU/CSU ► 20./21. APRIL 2007, 4. Klausurtagung der Grundsatzprogramm-Kommission ► 27. APRIL 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem Bundesvorstand der Frauen-Union der CDU ► 7. MAI 2007, 11. Plenarsitzung der Grundsatzprogramm-Kommission: Erster Entwurf ► 9. MAI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft der CDU ► 10. MAI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit Bundesvorstand des

Regierung Merkel“ die Arbeit fortsetzen könne.

Erwin Huber „Linksbündnis keine Chance geben“

Der CSU-Vorsitzende Erwin Huber hat sein Grußwort auf dem CDU-Parteitag mit einem scharfen Angriff auf die Linke im Land eröffnet. Das „linke Lager“ sei in sich zerstritten und schon deshalb „regierungsunfähig“, sagte Huber. Das einzige, was die Linke zusammenhalte, sei die Macht. „Und da dürfen wir der SPD nicht trauen“, fügte der CSU-Chef hinzu. Wer wie Beck den Sozialismus ins Programm schreibe, der paktiere auch mit den Linken. „Wer nicht den Mut und die Kraft hat, solche Bündnisse auf Stadt- und Landesebene zu unterbinden, „dem können wir nicht glauben“. Sozialisten scheuten den Wortbruch nicht, wenn es um die Macht gehe.

Zur Halbzeit der Großen Koalition zog Huber eine positive Zwischenbilanz. Opti-



Der CSU-Vorsitzende
Erwin Huber.

mismus und Aufbruchstimmung seien wieder spürbar im Land. Innerhalb von zwei Jahren habe die unionsgeführte Bundesregierung eine grundlegende Wende geschafft. Der Marsch in den Schulden-



Die CSU-Generalsekretärin
Christine Haderthauer.

staat sei gestoppt, anstelle einer Rekordarbeitslosigkeit gebe es heute eine Rekordbeschäftigung. Außerdem verzeichne die Bundesagentur für Arbeit eine Million offener Stellen. „Das ist ein großer Erfolg von Angela Merkel und

Wirtschaftsminister Michael Glos“, betonte der CSU-Chef.

Huber kündigte an, die Union werde auch in Zukunft die Schaffung und die Sicherung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt ihrer Politik rücken. „Wir halten

Kurs für Aufschwung und Beschäftigung“. Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 3,3 Prozent sorgte für Kaufkraft in Milliardenhöhe. Netto bringe das den Menschen genauso viel wie die Lohnrunde des letzten Jahres. Daneben stehe die Union für eine Fort-



Der CSU-Gruppenchef
Peter Rampe

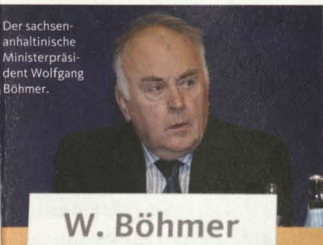
setzung des Konsolidierungskurses sowie für höhere Investitionen in Bildung,

Wirtschaftsrats der CDU ▶ 10. MAI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Brandenburg ▶ 11. MAI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem Landesvorstand der CDU in Niedersachsen ▶ 16. MAI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Hessen ▶ 21. MAI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Berlin ▶ 22. MAI 2007, Ge-

Forschung, Infrastruktur und Klimaschutz.

Der Schwesterpartei und Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte Huber eine „verlässliche Partnerschaft“ und seine „volle Unterstützung“ zu. Vorausblickend

Der sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Wolfgang Böhmer.



W. Böhmer

erklärte er: „Die CSU wird 2009 einen starken Beitrag dafür leisten, damit Angela Merkel Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland bleibt.“ Der CSU-Chef stellte sich zudem voll hinter den außenpolitischen Kurs Merkels. Ausdrücklich dankte Huber den deutschen Soldatinnen und Soldaten für ihren schweren Dienst in Afghanistan. Dort hatte sich der CSU-Chef am Montag persönlich einen Eindruck von der Lage vor Ort verschafft. Während andere von Menschenrech-

ten, vom Schutz der Bürgerrechte oder vom Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen und Mädchen parlierten, schütze die Bundeswehr unter großen Risiken die leidgeprüften Menschen in Afghanistan. Huber begrüßte es, dass Bundeskanzlerin Merkel zu den Menschenrechten in China und zur Demokratie in Russland offene Worte finde.

Roland Koch „Deutsche Unternehmen besser schützen!“

Am zweiten Tag des 21. Parteitags der CDU Deutschlands beschlossen die Delegierten mit großer Mehrheit den Antrag des Bundesvorstandes "In Chancen denken – Strategische Standortpolitik im 21. Jahrhundert". „Mit diesem Antrag werden wir deutsche Unternehmen besser vor ausländischen Beteiligungen schützen,“ erklärte der Stellvertretende Vorsitzende Ronald Koch. Die CDU bekennt sich weiterhin ausdrücklich zum frei-

en Kapitalverkehr innerhalb Europas, dennoch wolle man im deutschen Recht Werkzeuge verankern, mit denen Beteiligungen ausländischer Unternehmen notfalls untersagt werden können, erklärte Hessens Ministerpräsident. Ronald Koch, der das Papier zusammen mit CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla und dem parlamentarischen Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, Norbert Röttgen, ausgearbeitet hatte, betonte in seiner Rede, dass die CDU mit dem Antrag einen Katalog ein-

Kriterienkatalog festlege, der klare Regeln für Unternehmensbeteiligungen defi-

sprach des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Rheinland-Pfalz ► 25. MAI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Sachsen ► 30. MAI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU Landesvorstand Schleswig-Holstein ► 31. MAI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen ► 5. JUNI 2007, Gespräch des Vorsitzen-

niere. Beteiligungen ausländischer Unternehmen an deutschen Firmen sollen dem Antrag zufolge zukünftig einer stärkeren politischen Kontrolle unterliegen.



Hamburgs Erster
Bürgermeister
Ole von Beust.

von Beust

Betroffen sind dabei Beteiligungen, welche laut Koch die „öffentliche Sicherheit“ oder die „strategische Infrastruktur“ gefährden könnten. Diese sollen in Zukunft entweder genehmigt, mit Auflagen genehmigt oder untersagt werden können. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde bereits den zuständigen Ministerien zur Abstimmung vorgelegt. In bestimmten Fällen sollen Beteiligungen von mehr als 25 Prozent ge-

nehmigungspflichtig werden. Mit Hilfe des neuen Gesetzes sollen ausländische Investoren möglichst schnell Rechtssicherheit über ihre Beteiligung gegeben werden. Ausländische Unternehmen haben darüber hinaus die Möglichkeit, eine Beteiligung freiwillig anzugeben. Wird eine Beteiligung hingegen nicht angezeigt, soll der Staat den Fall



Der nordrhein-
westfälische
Ministerpräsident
Jürgen Rüttgers.

noch innerhalb von drei Jahren aufgreifen können.

Klaus Schüler „CDU modernisiert Parteistatut“

Einstimmig angenommen wurden Anträge des CDU-Bundesvorstandes zur Änderung des Statuts, zur Fi-

nanz- und Beitragsordnung sowie zur Geschäftsordnung der CDU, die die Arbeitsgruppe „Satzung“ unter Vorsitz des CDU-Bundesgeschäftsführers, Klaus Schüler, erarbeitet wurden. Ziel der Neuerung ist es, „einzelne Bestimmungen so anzupassen, wie es im Sinne einer effektiven Parteiarbeit notwendig ist“, begründete Klaus Schüler die Notwendigkeit der Modernisierung.

Diese beinhaltet unter anderem Neuregelungen beim Einladungswesen für Parteiorgane. Mit dem Beschluss des Bundesparteitages ist es nun auch möglich, Einladungen in elektronischer Form (E-Mail) zu versenden, wenn der Empfänger hierfür sein Einverständnis gegeben hat. „Dies spart Zeit, dies spart Geld und ist heutzutage einfach Standard“, so der CDU-Bundesgeschäftsführer.

Der Beschluss des Parteitages beinhaltete darüber hinaus auch das Ziel, auf Mitgliedsanträge zur CDU noch schneller und bürgerlicher zu reagieren und ein „bewerberfreundliches Auf-

den der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Hamburg ▶ 7. JUNI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Sachsen-Anhalt ▶ 11. JUNI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Baden-Württemberg ▶ 15. JUNI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Bremen ▶ 16. JUNI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission

nahmeverfahren“ zu schaffen, so Klaus Schüler. So kann beispielsweise nun auch die Mitgliedschaft in der CDU per E-Mail beantragt werden. Im Anschluss muss der

CDU-Bundesgeschäfts-
führer Klaus Schüler.



haltens. Mit dem Beschluss des Parteitages liegt ein parteischädigendes Verhalten nun auch dann vor,



Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann.

Laumann

gen, 2005 einen Überschuss zu erwirtschaften. In diesem Zusammenhang erinnerte von Klaeden daran, dass die



Die Präsidenten des Europäischen und Deutschen Parlaments Hans-Gert Pötering und Norbert Lammert.

Lammert

wenn ein Mitglied der CDU gegen einen auf einer Mitgliederversammlung oder Vertreterversammlung der CDU nominierten Kandidaten bei der Wahl als Bewerber auftritt.

Schulden der CDU im Jahr 2000 umgerechnet noch 17,8 Millionen Euro betragen hatten.

zuständige Kreisvorstand innerhalb von acht Wochen über die Aufnahme des Bewerbers entscheiden. Liegen besondere Gründe vor, die eine Aufnahme verzögern, verlängert sich diese Frist um weitere vier Wochen. Lehnt der Kreisvorstand den Antrag des Bewerbers nicht innerhalb von zwölf Wochen ab, gilt der Mitgliedsantrag automatisch als angenommen.

Ergänzt wurde darüber hinaus auch der Tatbestand des parteischädigenden Ver-

Eckart von Klaeden „Kurs halten – auch bei den Finanzen“

„Wir sind bei der Sanierung der Finanzen ein gutes Stück vorangekommen.“ So lautete das Fazit von Bundesschatzmeister Eckart von Klaeden bei der Vorstellung des Rechenschaftsberichts 2005. Trotz des vorgezogenen Bundestagswahlkampfes sei es gelungen,



CDU-Bundesschatzmeister Eckart von Klaeden.

Dank einer straffen Haushaltsführung, Ausgabendisziplin und erheblicher Sparanstrengungen der Bundesgeschäftsstelle sei es auch 2006 gelungen mit einem Überschuss abzuschließen

sion, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Thüringen ▶ 20. JUNI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem CDU-Landesvorstand Saar ▶ 21. JUNI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU ▶ 22. JUNI 2007, 12. Plenarsitzung der Grundsatzprogramm-Kommission : Verweis des Entwurfs an den Bundesvorstand ▶ 22. JUNI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem

und eine Wahlkampfrücklage zu bilden, gab Eckart von Klæden bekannt, der seit einem Jahr im Amt ist. Allerdings konnte der Bundesschatzmeister nicht nur mit positiven Nachrichten dienen: Die rückläufige Entwicklung der Mitgliedsbeiträge bereite ihm zuneh-



mend Sorgen, sagte von Klæden. Aufgrund sinkender Mitgliederzahlen sei bereits seit 2005 ein Rückgang der Mitgliedsbeiträge zu verzeichnen gewesen. Hinzu komme, dass auch die Spendeneinnahmen zurückgingen. Mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen sowie die Europa- und Bundestagswahl im Jahr 2009 forderte der Bundesschatzmeister: „Jetzt brauchen wir die Unterstützung unse-



rer Freunde und Förderer, damit in Zukunft wieder eine bürgerliche Mehrheit regiert.“

Ausdrücklich sprach sich der Bundesschatzmeister für eine angemessene staatliche Parteienfinanzierung und den Ausgleich der Preissteigerung aus. „Ein Inflationsausgleich ist im Parteiengesetz ausdrücklich vorgesehen und wurde von einer unabhängigen Kommission unter Leitung des Bundespräsidenten bestätigt“, betonte von Klæden. Eine Novellierung des Parteiengesetzes sei erforderlich, damit „die Parteien auch in Zukunft in der Lage sind, ihre Aufgaben in vollem Umfang wahrzunehmen, so von Klæden weiter.



„Kurs halten gilt auch für die Finanzwirtschaft der Bundespartei“, so der Bundesschatzmeister. „Damit wir auf einer soliden Finanzgrundlage in die kommenden Wahlen gehen können.“

Debatte zur Stammzellenforschung

Neben der intensiv geführten Debatte um das neue Grundsatzzprogramm war die Diskussion um die Stammzellenforschung ein weiterer inhaltlicher Höhepunkt des Parteitages. Nach einer über mehrere Stunden geführten Debatte entschied sich der Parteitag mit knapper Mehr-

CDU-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern ▶ 29. JUNI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen ▶ 1. JULI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem Bundesvorstand der Jungen Union der CDU/CSU ▶ 1. – 2. JULI 2007, Klausurtagung des Bundesvorstandes: Leitantrag Verabschiedung ▶ 2. JULI 2007, Gespräch des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, mit dem Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der



Staatsministerin im
Bundeskanzleramt
Maria Böhmer.

bryonen zur Gewinnung menschlicher embryonaler Stammzellen mit dem christlichen Menschenbild und den Vorgaben des Grundgesetzes unvereinbar sei. Von Deutschland dürfe kein Anreiz für eine verbrauchende Embryonen-



Staatsministerin im
Bundeskanzleramt
Hildegard Müller.

heit für den Antrag, dass die Tötung menschlicher Em-

forschung ausgehen und die CDU werde sich dafür auf eu-

ropäischer und internationaler Ebene einsetzen.

Die besondere Erinnerung – Post-Sonderstempel zum Parteitag

Die CDU Deutschlands hat auf dem 21. Parteitag in Hannover das dritte Grundsatzprogramm in ihrer über 60jährigen Geschichte beschlossen. Grund für die CDU und die Post, einen Sonderstempel mit dem Grundsatzprogramm-Logo aufzulegen.

Sollten Sie nicht auf dem Parteitag gewesen sein, oder auf dem Parteitag keine Zeit gehabt haben,

haben Sie immer noch die Möglichkeit, den Sonderstempel zu erhalten.

Senden Sie einfach ein frankiertes und mit Rücksendeanschrift versehenes Schreiben an: Deutsche Post AG, Niederlassung Brief, Sonderstempelstelle, Endenicher Straße 104, 53115 Bonn. Bei der Sonderstempelstelle wird der Stempel bis Ende Dezember verfügbar sein.



CDU/CSU ▶ 15. BIS 31. AUGUST 2007, Dialog-Tour der CDU Deutschlands mit Generalsekretär Ronald Pofalla ▶ 4. SEPTEMBER 2007, Grundsatzprogrammkongress Hanau ▶ 14. SEPTEMBER 2007, Regionalkonferenz, Berlin ▶ 21. SEPTEMBER 2007, Regionalkonferenz, Stuttgart ▶ 12. OKTOBER 2007, Regionalkonferenz, Hamburg ▶ 16. OKTOBER 2007, Regionalkonferenz, Essen ▶ 26. OKTOBER 2007, Regionalkonferenz, Frankenthal ▶ 15. NOVEMBER 2007, Sitzung der Antragskommission ▶ 3./4. DEZEMBER 2007, Der 21. Parteitag der CDU Deutschlands verabschiedet das Grundsatzprogramm.

Geschenke, die Freunde machen ...

Schöne CDU-Präsente für CDU-Mitglieder und Parteifreunde



1 Fleeceschal Schwarz „CDU“

180 cm lang und 28 cm breit

Bestell-Nummer: 9337

Preis je **Stück: 7,50 Euro**

Preis inkl. MwSt.: 8,93 Euro

2 Fleeceschal Orange „CDU“

180 cm lang und 28 cm breit

Bestell-Nummer: 9336

Preis je **Stück: 7,50 Euro**

Preis inkl. MwSt.: 8,93 Euro

3 Hochwertiges Visitenkartenmännchen

10,2 x 6,7 cm, zwei Steckfächer im Innenteil

Bestell-Nummer: 9586

Preis je **Stück: 5,00 Euro**

Preis inkl. MwSt.: 5,95 Euro

4 Schreibset

bestehend aus einem Kugelschreiber
und einem Rollerball im Lederetui

Bestell-Nummer: 9326

Preis je **Set: 17,00 Euro**

inkl. MwSt.: 20,23 Euro

Bestellung per Telefax: 02152 915-25272

Bestellung per E-Mail: cdu-shop@portica.de

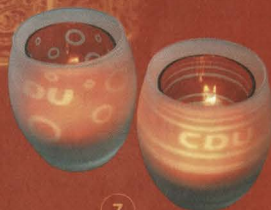
Bestellung per Post: Portica GmbH Marketing Support · CDU-Shop
Von-Galen-Straße 35 · D-47906 Kempen



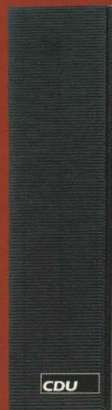
5



6



7



8

5 Hochwertige Ledergeldbörse
10,5 x 12 cm, mit vielen Kartensteckfächern
und Ausweisfach
Bestell-Nummer: 9584
Preis je Stück: 18,00 Euro
Preis inkl. MwSt.: 21,42 Euro

6 Schlüsselband „Deutschlandfahne“
hochwertiges Band mit CDU-Logo-Webung
Deutschlandfahne auf Metall
Bestell-Nummer: 9330
Preis je 10 Stück: 31,00 Euro
Preis inkl. MwSt.: 36,89 Euro
Bestell-Nummer: 9330 A
Preis je 1 Stück: 3,50 Euro
Preis inkl. MwSt.: 4,17 Euro

7 Windlicht-Set „CDU“
6,5 x 9 cm, im Geschenkkarton,
bestehend aus einem Innen- und Außenglas,
zwei Windlichter im Set, im Streifen-
und Krügel-Design.
Bestell-Nummer: 9333
Preis je Set: 6,00 Euro
Preis inkl. MwSt.: 7,14 Euro

8 CDU-Sekt „Chardonnay brut“
Preis je Sektflasche: 5,65 Euro
Preis inkl. MwSt.: 6,72 Euro
Preis je Präsentkarton: 2,00 Euro
Preis inkl. MwSt.: 2,38 Euro
Mindestbestellmenge sechs Flaschen
Zum Bestellen nutzen Sie bitte den Bestell-
schein im Mitgliedernetz unter
www.cdunet.de, direkt unter dem E-Shop.

Pro Bestellung werden 5,95 Euro (inkl. MwSt.) Versandkosten berechnet.
Versandkosten für den Sekt siehe Bestellschein!

UiD-Newsletter – Melden Sie sich einfach an!

Sind Sie Funktions- und Mandatsträger der CDU Deutschlands?
Sie möchten regelmäßig benachrichtigt werden, welche Serviceangebote die CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Unterstützung Ihrer täglichen Arbeit unter www.cdu.de und www.cdunet.de für Sie bereit hält?
Dann abonnieren Sie einfach den UiD-Newsletter unter www.uid.cdu.de.
Mit ihm sind Sie aktuell informiert, z. B. über neue Argumentationspapiere, neue Musterreden, neue Werbematerialien und Flugblattvorlagen.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. – Printausgabe – Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-3 60, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-0, E-Mail: manfred.wissem@ubgnet.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf. Funktions- und Mandatsträger der CDU können den elektronischen UiD-Newsletter unter www.uid.cdu.de abonnieren. Die Bezugsgebühren sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.